

Angesichts der Lage, vor die wir in Deutschland und Europa gestellt sind, gilt der Grundsatz: Nicht stumm bleiben! Wer stumm bleibt, ist der Gefahr ausgesetzt, manipuliert, das heißt „behandelt“ zu werden, und zwar nicht selten hinterhältig, so daß er sich der Manipulation kaum bewußt wird.

Kardinal Joseph Höffner vor dem ZdK

Wie geht es weiter?

An der Jahreswende übten sich die politischen und journalistischen Kommentatoren vornehmlich im Lamentieren. Grund genug dafür hatten sie. Es ist zwar nicht so, daß die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse in den westlichen Demokratien umgekrempelt worden wären, als ob Wohlstand, Wohlfahrt und politisches Gleichgewicht nicht mehr zu sichern seien, aber die Phase unbekümmerten Wachstums war – auch für die Bundesrepublik – spätestens mit der Ölkrise vorbei. Zugleich stellt sich nicht nur die Frage, wie weit das notwendige Wachstum gesichert werden kann – zur Wahrung oder Wiedererlangung der Vollbeschäftigung. Immer gebiender stellen sich auch Grundsatzentscheidungen darüber, in welcher Richtung Forschung, Technik und wirtschaftliche Investitionen weitergeführt werden sollen, damit die Schädigung und Zerstörung der Umwelt in Grenzen gehalten, Beschäftigung langfristig gesichert und weltwirtschaftliche Ungleichgewichte, die – langfristig gesehen – den „Entwickelten“ und den „Unterentwickelten“ zum Schaden gereichen, nicht vergrößert, sondern gemindert und nach und nach abgebaut werden können.

Der Problemdruck insgesamt hat zugenommen: Wie mit dem Problem Arbeitslosigkeit bei vermindertem Wachstum und schärferer internationaler Konkurrenz fertig werden? Wie die neuen Verteilungskämpfe entschärfen, die sich jetzt ankündigen und die mehr und mehr die innen- und gesellschaftspolitische Stabilität demokratisch verfaßter Gesellschaften und Staaten berühren? Wie das Netz sozialer und wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen in stand halten und gegebenenfalls neu knüpfen oder umorganisieren bei verminderter Leistungsfähigkeit öffentlicher Kassen und ohne untragbare leistungshemmende oder sozial nachteilige Belastung des Einzelnen und der Familien durch Preissteigerungen, Abgaben und Steuern? Schon das sind Probleme, die die Vorstellungskraft der

Bürger und die Lösungskompetenz der Amts- und Mandatsträger überfordern. Dabei muß man nicht ohne Ironie vermerken, daß sich die seit Jahren *zunehmende Klage über sozial- und wohlfahrtsstaatliche Gleichmacherei*, die die Unabhängigkeit untergräbt und den Einzelnen entmündigt, sich mit dem nicht weniger unleugbaren Problem kreuzt, die sozialstaatlichen Errungenschaften, die allen erst einmal mehr Sicherheit und damit auch ein gutes Stück mehr an Freiheit garantieren, im erreichten Umfang erhalten zu müssen.

Hinzu kommt eine *zunehmende Aufmüpfigkeit der Bürger*, wo unmittelbare Interessen berührt sind (Beispiel: Gebiets- bzw. Verwaltungsreformen) oder – in viel schärferer Form – wo es nicht nur um Gesundheit und Umwelt, sondern um die untergründige Angst vor technologisch nicht kalkulierbaren oder nicht restlos absicherbaren Großrisiken (Beispiel: Kernkraftwerke) geht. Und das alles vollzieht sich auf dem Hintergrund einer politisch unübersichtlicher gewordenen Landschaft, in der die *mächtigen Interessenverbände* (die Gewerkschaften sind einer der mächtigsten davon, aber beileibe nicht der einzige) die Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive nicht gerade erleichtern und die *politischen Parteien* in ihrem Führungsauftrag behindert oder von verminderter Leistungsfähigkeit sind: die einen durch personelle Rivalitäten und Spaltungstendenzen, die anderen durch innere Gegensätze und durch ideologische Befangenheit. Im Ergebnis jedenfalls fehlt es ihnen allen an zündenden Ideen für einen Durchbruch.

Desorientierung

Doch ist dies offenbar nur die empirisch feststellbare „Oberschicht“ von Problemem. *Darunter scheint sich so*

etwas wie eine Sinnkrise der Gesellschaft zu verbergen, die sich zuwörderst als eine Sinnkrise des politischen Handelns anzeigt. Wohin soll menschliches Zusammenleben, wohin sollen Staat und Gesellschaft geführt bzw. entwickelt werden? Welche Ziele sind zu setzen? Hier herrscht ganz offensichtlich ein großes Maß an Desorientierung. Es gibt – wenn man will, kulturkritisch gesprochen – ein Unbehagen an der materiellen Lebenssituation.

Dieses hat – zunächst jedenfalls – mit dem Gegenteil dessen zu tun, was man in einer Periode wirtschaftlicher (und politischer) Stagnation eigentlich erwarten würde, nämlich Angst wegen der materiellen Zukunftssicherung, sondern eher mit einer *Verdrossenheit an den Folgen des wissenschaftlichen, technischen und materiell-wirtschaftlichen Fortschritts* und mit dem Unbehagen auch am geistig, ethisch und politisch nicht bewältigten materiellen Überfluß. Es geht nicht nur um den fehlenden oder im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten zu geringen Zuwachs an Gütern, es geht eben auch *um das Zurechtkommen mit dem erreichten Wohlstand*. Und beides verhindert oder mindert die Bereitschaft zur Umstellung auf eine ausgleichende soziale Lebensgestaltung bei vermindertem Wachstum. Um das näher zu erläutern; zu konstatieren ist ein vierfaches:

1. Der Zuwachs an Wohlstand, soviel Lebensfreude, Unabhängigkeit und Sicherheit er auch bewirkt, hat insofern nicht gehalten, was sich materielles Wohlstandsstreben – auch – davon verspricht: mehr Lebensglück, de facto unbegrenzte Freiheit, persönliche Zufriedenheit. Denn Wohlstand schafft neue Zwänge – des Konsums, des Prestiges, der Abhängigkeit von Verwaltungen und Interessenvertretungen. Der Konsumzuwachs macht die Konsumgewohnheiten nicht unbedingt freier. Es steigt damit eben auch der Konsumzwang, und der Großteil des Einkommenszuwachses wird verdingt durch wirtschaftlich gestiegene oder gesellschaftlich verursachte fixe Kosten (Lebens-, Ausbildungs- und Vergnügungsstandards). Die Zunahme gesellschaftlicher Verflechtungen durch Technik und Verwaltungsorganisation bedeutet neben vielfältiger Lebenserleichterung auch Zunahme an Zwang durch gesellschaftliche Abhängigkeit. Beide zusammen führen – trotz beklagten Leistungszwangs – nicht gerade zu mehr persönlicher Initiative, sondern *zur Isolierung im Privaten und zur Langeweile als den gegenwärtig vermutlich verbreitetsten „Zivilisationskrankheiten“*.

2. Je verflochtener – durch wirtschaftliche, technische und Verwaltungsfaktoren – eine Gesellschaft ist, um so mehr steigert sich einerseits *die Produktion von Globalkonzepten*, nach denen das künftige Glück des Menschen zu bemessen und zu verwirklichen und nach denen Staat, Gesellschaft und menschliches Zusammenleben im persönlichen wie im Bereich der Primärgruppen zu ordnen seien. Die Neigung zum Utopismus scheint sogar in dem Maße zu wachsen, in dem Gesellschaft und Staat sich verfestigen und je enger das Individuum, der Einzelne in seinen verschiedenen Rollen, in beide hineinverflochten ist. Und zwar in durchaus gegensätzlicher Weise. Einmal auf

dem Wege der Ablehnung, der „großen Verweigerung“, *als Flucht aus aller gesellschaftlicher Realität*. Zum anderen *als Glaube an den unbegrenzten Fortschritt technokratischer Art*, von dem man letztlich die Lösung aller individuellen und gesellschaftlichen, politischen und auch moralischen Probleme in einer Art Einholung der Totalität praktizierter Vernunft postuliert, erhofft oder erwartet.

Pendeln zwischen Pragmatismus und Utopie

3. Andererseits geraten alle Angebote von Globalkonzepten, alle in sich abgeschlossenen Ideologien gerade in technisch hochentwickelten Produktionssystemen mit extremer Spezialisierung und entsprechend extremer Abhängigkeit des Einzelnen vom Funktionieren gesellschaftlicher Institutionen und staatlicher Einrichtungen selbst stärker in den Sog von Sachzwängen und werden durch das „empirisch“ gerade Notwendige immer wieder aufgebrochen. Wir leben nicht zuletzt deshalb *nicht in einer Zeit großer ideologischer Neuschöpfungen*. Wo ererbte Ideologien – im Ost-West-Gegensatz – sich stabilisiert haben und weitertradiert werden, haben sie ihren Halt offenbar weniger in sich selbst, sondern werden durch staatliche Zwangsgewalt und die davon ausgehende Aggressivität gegen Abweichler und von der Feindschaft zu gegnerischen oder zum Gegner erklärten westlichen Gesellschaftssystemen gestützt. Was wäre schon Kommunismus als Ideologie ohne Antisystem (im Westen) und ohne die Stützung durch Staatsgewalt und militärische Macht (im Osten).

Viel eher ist für unsere unmittelbare Gegenwart ein eigenartiges *Hin- und Herpendeln zwischen Pragmatismus und programmatischer Innovation, zwischen Konzentration auf das Machbare und der Flucht in die Utopie charakteristisch*. Es kann wohl kein Zufall sein, daß die sog. Jugendrevolte, das Heraufkommen der „Neuen Linken“ im Zeichen einer neomarxistischen Renaissance gerade aus dem Geist der Absage an den „bloßen“ Pragmatismus, an die Unterwerfung unter vermeintliche oder wirkliche Sachzwänge, an die Auslieferung an etablierte Institutionen erfolgte, daß aber schon beim ersten Anzeichen wirtschaftlicher Krisenerscheinungen dieses durchaus in breiten Schichten in Mode gekommene Denken abrupt abbrach. Fast urplötzlich stießen Hinweise auf Sachzwänge wieder auf Verständnis, wurde Beschränkung auf das jeweils Mögliche wieder Trumpf und stiegen die Macher im öffentlichen Ansehen. Und jetzt, wo die Kritik am Mangel an politischer Vorstellungskraft, an innovatorischer Programmatik, am Mut zur Zukunftsgestaltung wieder zum literarischen Gemeingut öffentlicher Kritik zu werden scheint, heißt es wieder ungeniert: „Wo Sinn gesucht wird, helfen keine Macher“ (*Ludolf Herrmann* in der „Deutschen Zeitung“ vom 23. 12. 76).

4. Als durchgängige Erscheinung bleibt freilich die erkennbare Tatsache – oder, sagen wir besser, der steigende

Trend –, Problemlösungen für gesellschaftliche Probleme, ja für Probleme der persönlichen Existenz mehr denn je vom Staat zu erwarten und damit *die politische Führung gar mit Aufgaben der Sinnvermittlung zu überfordern*. Konservative wie Progressive, Linke wie bürgerliche Rechte rufen nach der Politik als Hilfsinstanz für die Ausfüllung von allseits konstatierten Sinnvakuen. Es ist aber die Frage, ob nicht gerade eine solche Überbeanspruchung politischer Führungsinstanzen als Sinnvermittler einerseits die wirklich notwendigen Reformen durch Ideologisierung der Sachprobleme behindert und ob sich andererseits dahinter nicht ein Stück Selbstaufgabe des Individuums verbirgt, das mehr und mehr in der Haltung des Konsumenten von der Gesellschaft, vom Staat *mit der Garantie seiner Freiheiten zugleich die weitestgehende Befriedigung seiner Bedürfnisse* erwartet, ohne sich so recht gewahr zu werden, wieviel von seiner Freiheit er dadurch wieder verliert. Ein Staat aber, der solcher Haltung über Politik und Gesetzgebung nachgibt oder sie gar fördert, wird in seiner Handlungsfähigkeit auf jeden Fall beeinträchtigt. Er darf sich nicht wundern, wenn der Anspruchsbürger in Zeiten geringeren Wachstums und härterer Verteilungskämpfe nicht einsehen will, daß er selbst den Gürtel enger schnallen muß, weil er sich an die „Versorgungsmacht“ von Institutionen und an die Durchsetzungskraft von Interessenverbänden gewöhnt hat. Andererseits sind es gerade diese beiden Faktoren, die den Staat daran hindern, die schwieriger gewordenen Verteilungsprobleme sozial angemessen und nicht nur im Dienst organisierter Interessen zu lösen.

Weg von den Tabus

Dennoch ist nicht zu leugnen, daß eine *Besinnung auf die Grundlagen des Zusammenlebens in Staat und Gesellschaft* gerade in einer Zeit verminderten Wachstums, knapper öffentlicher Kassen und sozialstaatlicher Engpässe besonders not tut. Diese wird vor allem bzw. zunächst eine Rückbesinnung darauf sein, daß Verwirklichung des Gemeinwohls und damit indirekt auch die Sicherung sozialstaatlicher Verhältnisse in der Freiheit einer demokratischen Ordnung mehr ist als nur eine die Einkommensunterschiede jeweils leicht korrigierende Umverteilung der Zuwächse im Sozialprodukt. Es heißt im konkreten Fall nichts anders als die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit für alle (und nicht nur für diejenigen, die ihre Interessen ohnehin wirksam zu vertreten wissen) bei geringerer Verfügbarkeit von Ressourcen. Zu den Ressourcen aber gehört nicht das zu erwirtschaftende Sozialprodukt, sondern beispielsweise auch das „Gut“ Arbeit. Daß ein im harten Interessenkampf kaum ein verlegener Gewerkschaftsführer wie *Heinz O. Vetter* angesichts des Weiterbestehens eines hohen Sockels von ca. 900 000 Arbeitslosen die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit u. U. ohne Lohnausgleich (die Frage nach den Grenzen der Wirksamkeit einer solchen Maßnahme ist hier nicht zu prüfen) überhaupt in die öffentliche Debatte einzuführen wagt, zeigt immerhin, daß die Notwen-

digkeit, nicht nur die Gewinne, sondern auch die „Ausfälle“ auf alle zu verteilen, verstanden worden ist. Vermutlich ist es aber mit solcher *Umverteilung des „Gutes“ Arbeit* zur Erhaltung oder Herstellung des sozialen Friedens nicht getan. Es stellt sich die viel weitergehendere Frage, wie man das *Recht auf Arbeit* gestalten will, individualistisch allein vom Einzelnen her: Jeder wird isoliert für sich gesehen und hat unabhängig von seinem Familienstand und seinen sonstigen Vermögensverhältnissen das gleiche Recht auf Arbeit, oder als Mensch in seinen sozialen Bindungen, für den bei der Gestaltung des Rechts auf Arbeit eben diese Bindungen mit ausschlaggebend sind?

In der Öffentlichkeit wird neidisch über Doppelverdiener geklagt. Während unter vielen Verheirateten jeder für sich über seinen sicheren Arbeitsplatz verfüge, gebe es alleinverdienende arbeitslose Familienväter mit noch erziehungs- bzw. ausbildungsbedürftigen Kindern (vgl. dazu auch die Hinweise im Interview ds. Heftes S. 69). In der Tat scheint gerade dieses Problem eine Frage wert zu sein, nicht nur weil hier offensichtliche soziale Ungleichgewichte und Benachteiligungen entstanden sind, sondern weil sich dahinter auch ein Grundsatzproblem verbirgt. Es müßte eigentlich klar sein, daß im Falle eines alleinverdienenden Familienvaters ein gewisses Vorrecht auf Arbeit gegenüber doppelverdienenden Ehepaaren besteht, von denen jeder für sich eine Familie aus eigenem erhalten kann oder wo – im Falle von Kinderlosen – keine Kinder zu versorgen sind. Und es wäre wohl keine zu weitgehende Forderung, wenn man davon den Grundsatz ableitete, *der Anspruch auf einen angemessenen Lebensunterhalt für alle habe Vorrang vor dem Anrecht auf Arbeit für Einzelne*. Die Verwirklichung mag schwierig sein. Sie ist im großen Stil ohne unverhältnismäßige Planungskosten und, weil eben Arbeitsplätze wegen unterschiedlicher Ausbildung und Beschäftigungseignung nicht einfach austauschbar sind, möglicherweise gar nicht durchführbar. Immerhin aber wäre eine solche Gestaltung des Rechts auf Arbeit nicht nur sozial gerechter im Blick auf den Einzelfall, sondern vielfach auch volkswirtschaftlich kostensparender. Aber *ohne materiellen Verzicht der Betroffenen und ohne gesellschaftlichen Verzicht auf bestimmte Leitbilder* geht so etwas auf keinen Fall.

Bisher ist nicht bekannt, daß solche Überlegungen bei der Erörterung der Arbeitsmarktlage ernsthaft diskutiert worden wären. Offenbar nicht nur wegen der Schwierigkeit der Realisierung und der dafür notwendigen und in sich problematischen Lenkungsmaßnahmen – diese gibt es aber anderswo auch –, sondern weil solche Überlegungen nicht in eine gesellschaftspolitische Landschaft passen, in der *Staat und organisierte Individuen vornehmlich allein einander gegenübergestellt werden*, in der sozial- und rechtspolitisch grundlegende soziale Bindungen des Individuums – Familie, Solidarität der Generationen vor allem innerhalb der Primärgruppen – permanent unterbewertet werden, wo das gesellschaftliche Klima in den Sozialbeziehungen wie im Erziehungsbereich einseitig, um nicht zu sagen ausschließlich auf das Prinzip Emanzipation setzt

und Emanzipation – angewandt auf die Situation der Frau – hauptsächlich nur in deren Berufstätigkeit verwirklicht sieht. Es ist das individualistische Tabu in Verbindung von verfehlten Leitbildern menschlicher Emanzipation, das allein schon darüber eine unvoreingenommene Diskussion verhindert.

Schon dieses besonders aktuelle Beispiel zeigt, wie Probleme der praktischen Politik durch ideologische Fernwirkungen vorentschieden werden. Vielleicht sind gerade die jetzt auftauchenden neuen Verteilungsprobleme ein Anlaß, darüber nachzudenken und solche individualistischen Tabus zu korrigieren.

Was kann die Kirche tun?

Seitens der Kirche und der katholischen Organisationen wurden in letzter Zeit sehr nachdrücklich Bemühungen für eine stärkere Mitsprache und Auseinandersetzung in gesellschafts- und staatspolitischen Fragen in Gang gesetzt. Nach Jahren oft harter, manchmal auch kleinlicher innerkirchlicher Auseinandersetzung ist eine neue Hinwendung der Kirche zu Gesellschaft und Staat nicht nur der Kirche, sondern auch der Gesellschaft und des Staats wegen zu begrüßen. Vielleicht besteht jetzt, da die rechtspolitischen Debatten zwar nicht zur Zufriedenheit beendet, aber doch im wesentlichen hinter uns liegen, eine besonders gute Chance dafür. Die Kirche müßte in Gesellschafts- und staatspolitischen Fragen um so eher sich vernehmbar machen können, als hier nicht so rasch wie in den rechtspolitischen Auseinandersetzungen der Verdacht hochkommen kann, die Kirche vertrete nur ein christliches, allein aus dem Glauben erschließbares ethisches Sondergut. Leicht wird sie es dennoch nicht haben, gerade wenn sie zu konkreten Fragen wie zur Beschäftigungslage, zu familienpolitischen Themen oder gar zu den Grenzen der Staatsmacht Stellung nimmt. Bleibt sie im Grundsätzlichen, wird man ihr den Vorwurf machen, die Grundsätze seien jenseits der Realität formuliert. Geht sie wie das Ge-

meinschaftspapier des Katholischen Büros und des DGB (vgl. ds. Heft S. 106) es tut, sehr ins Konkrete, wird man ihr vorhalten, sie schlage Unrealisierbares vor oder sie unterstütze die Meinung oder die Interessen einer bestimmten Seite. Wird sie beispielsweise gegen das vorhin beschriebene individualistische Tabu anrennen, wird man ihr möglicherweise entgegenhalten, sie habe sich in ihrer eigenen Geschichte als freiheitsfeindlich erwiesen, sie verteidige nicht menschliche Würde und die Eigenständigkeit der Person, sie kämpfe nicht für den besseren Ausgleich sozialer Lasten – der Familienpolitik etwa –, sondern habe Angst vor dem unabhängigen Individuum und einer konsequent freiheitlich gestalteten Gesellschaft.

Dennoch müßten Christen und mit ihnen die Kirche für eine solche Auseinandersetzung gut gerüstet sein. Liegt nicht die eigentliche Sinnkrise der Gesellschaft und damit auch die Zielkrise politischer Entscheidungen gerade im Auseinanderfallen von Individuum und Gesellschaft, in der Unterbewertung der konkreten Sozialbindungen des Menschen, auf denen allein sich gesellschaftliche Solidarität in einem demokratisch verfaßten Staat aufbauen läßt? Das christliche Gebot der Gottes- und Nächstenliebe – so „schlicht“ dieser Hinweis hier bei manchem anmuten mag – setzt den Einzelnen frei von kollektivem Zwang, bringt seine Personwürde, in der Letztunmittelbarkeit des Menschen zu Gott, erst glaubhaft zum Ausdruck und verhindert zugleich dessen individualistische Isolierung, indem es die mit seiner Natur gegebenen Sozialbindungen im zwischenmenschlichen Zusammenleben und in der konkreten politischen Ordnung ernst nimmt. Eine ernsthafte Besinnung darauf ist vermutlich nicht nur eine geeignete Problemlösungshilfe in konkreten gesellschaftspolitischen Entscheidungen, sondern wäre auch von therapeutischer Wirkung in mancher persönlichen Sinnkrise und in manchen Konflikten im Zusammenleben der Primärgruppen. Den Staat oder gar einen Regierungsapparat als Sinnstifter braucht es dafür nicht, er ist für die Bewältigung nur ihm zukommenden Gestaltungsaufgaben freigestellt.

D. A. Seeber

Vorgänge

Brasilien: Kirchenkampf gegen öffentlichen Terror

In ihrem letzten großen *Hirtenschreiben* vom 15. November 1976 (vgl. HK, Dezember 1976, 637) drückten die Bischöfe Brasiliens die Hoffnung aus,

daß die Mächtigen „nicht den Rücken kehren dem Worte Gottes, der die Schreie seines Volkes hört“. Damit erinnerten sie zugleich an den Hirten-

brief der Bischöfe und Ordensoberen vom 6. Mai 1973, der die Unterentwicklung und Unterdrückung des Nordostens Brasiliens zum Thema hatte. Im Hirtenbrief vom November standen die gewaltsame Erschließung des Amazonasraumes und das herrschende politische System im Mittelpunkt, das eine Sozialordnung hervor-